

KULTUR



Meinhard Miegel
ist Vorstandsvorsitzen-
der von Denkwerk
Zukunft – Stiftung
kulturelle Erneuerung
in Bonn

Ulrike Ackermann
ist Gründerin und
Leiterin des John
Stuart Mill Instituts
für Freiheitsforschung
in Heidelberg

Wolfgang Streeck
ist Direktor emeritus
am Max-Planck-
Institut für Gesell-
schaftsforschung
in Köln

„Die westliche Ordnung ist unter Beschuss“

KAPITALISMUS

■ Drei Profi-Weltbeobachter über den Aufstieg des Populismus und die Krise der Demokratie, über die Schwächen des Euro und eine markthörige Politik.

Das Brexit-Votum, der Wahlsieg Donald Trumps und die Erfolge populistischer Parteien: Sind das nur Äußerungen irrationaler Gefühle bei verunsicherten Globalisierungsverlierern?

Streck: Hinter dem Brexit steht das Interesse einer Mehrheit der Briten, die eigene Regierung an ihren Willen zu binden und nicht an den der Europäischen Union oder einer globalisierten Londoner Schicht, die ihr britisches Hinterland mental schon verlassen hat.

Ackermann: Diese Spaltung zwischen Stadt und Land gibt es in allen Ländern, in denen das Misstrauen gegen das Elitenprojekt EU besonders groß ist. Es geht nicht um diffuse Ängste und ein emotionales Aufwallen verführter Massen. Dass sich die Funktionseliten von der Bevölkerung entfremdet haben, ist ein reales Problem.

Ist die Skepsis gegenüber der EU denn berechtigt?

Ackermann: Ja. Wir haben seit Jahren eine versteckte Entwicklung Richtung Bundesstaat. Nicht zuletzt durch den Machtzuwachs des Europäischen Gerichtshofs. Und die Regierungen verschweigen den Machtverlust der nationalen Parlamente. Das schafft Demokratiedefizite und eine Diffusion der Macht. In diesen Hohlräumen können Populisten agieren. Wir erleben eine große Demokratiekrise. Auf der EU-Ebene,

aber auch zwischen den nationalen Regierungen und ihren Bevölkerungen.

Aber zeigen die Wahlen in den Niederlanden oder die Bürgerbewegung Pulse of Europe nicht, dass das Thema Europa die Menschen durchaus positiv bewegen kann?

Streck: Wilders hat den Wahlkampf mit seinen Themen geprägt und Stimmen dazugewonnen. Die Probleme der EU bleiben auch nach den Wahlen ungelöst. Das Grundproblem ist die Finalität: Was soll die EU werden? Das wird nie diskutiert, weil es die schwierige Frage aufwirft, was dann aus den Nationalstaaten wird.

Miegel: Das ist alles richtig, aber wir können das, worüber wir hier sprechen, nicht allein mit europäischen Phänomenen erklären. Dahinter steht etwas Fundamentaleres: Ordnungen lösen sich auf. Wir erleben eine Proletarisierung der Gesellschaft. Es gibt keine Formen, keine Strukturen, keine Prioritäten mehr. Alles ist gleich gut geworden, alles gleich wichtig, alles gleich richtig. Dieser Prozess ist weit fortgeschritten, wie der Erfolg von Donald Trump zeigt. Viele Menschen twittern sich, wie Trump, alles, was sie fühlen, von der Seele. Er ist nicht wie ein Unwetter über uns gekommen, sondern er entspricht der Denk- und Empfindungsweise vieler Amerikaner.

Streck: Die kulturelle Enthemmung hat auch etwas zu tun mit dem hemmungslosen Konsumkapitalismus.

Miegel: Natürlich. Vielleicht ist der hemmungslose Konsumkapitalismus auch Folge der kulturellen Enthemmung. Was Henne und was Ei ist, weiß ich nicht. Jedenfalls schaukelt sich beides auf.

Ackermann: Das klingt mir zu sehr nach der alten Kritik Adornos an der amerikanischen Massenkultur. In den Gegenden, wo Trump gewählt wurde, spielen vielleicht andere Werte eine Rolle als in den Metropolen an der Ost- und Westküste. Das sind nicht alles Proleten.

Kann man Trumps Sieg auch als verzweifelten Ruf nach neuer Ordnung auffassen?

Streck: Das Desaster der amerikanischen Gesellschaft zwischen den Küsten ist so krass, dass man sich nicht vorstellen kann, wie sich das kurzfristig beruhigen lässt. Ich habe sieben Jahre in Wisconsin gelebt und gesehen, wie das Land durch die Deindustrialisierung verfiel. Wir sind Zeuge eines langfristigen Verfallsprozesses, der sich in Verrohung und enormer sozialer Ungleichheit äußert.

Ackermann: In den USA geraten westliche Werte – Wertschätzung des Individuums, Meinungs- und Forschungsfreiheit, Neugier auch für unangenehme Wahrheiten – auch von links unter Druck. Zum Beispiel durch Identitätspolitik an den Universitäten. Da stehen bestimmte Gruppen im Zentrum des Interesses, also zum Beispiel die Hispanics oder sexuelle Minderheiten. Kollektive Rechte werden höher geschätzt als individuelle Freiheit – das ist ein großes Problem.

Was kann heute noch der Kitt sein, der eine Gesellschaft zusammenhält?

Miegel: Meist denkt man beim Auseinanderdriften ans Ökonomische. Aber es geht auch um das, was Ralf Dahrendorf Ligaturen nannte. Die Zivilisation hat Formen entwickelt, die Zusammenhalt ermöglichten. Diese Formen sind systematisch abgebaut worden durch einen Geist, wonach jeder machen kann, was er für richtig hält. Wenn man aber in einer Beziehung immer sagt, was man denkt, und tut, was man will, zertrümmert man sie. Ich war kürzlich in der Berliner Philharmonie. Früher haben sich die Menschen, bevor sie ins Konzert gingen, entsprechend angezogen. Heute kann man froh sein, wenn sie nicht mit nacktem Oberkörper kommen.

Streck: Wir reden hier von der Individualisierung. Traditionelle Ordnungen, in denen Bindungen und Pflichten selbstverständlich waren, weil sie überliefert wurden, lösen sich auf. Mittlerweile stellt man wieder fest, was schon Marx und Durkheim wussten, dass eine Gesellschaft, die alleine auf Vertragsbeziehungen aufgebaut ist und verbindliche Traditionen abgeschafft hat, nicht funktioniert, weil keine Solidarität entstehen kann.

Also ist der Liberalismus mit seiner Idee der individuellen Freiheit übers Ziel hinausgeschossen?



Ackermann: Liberalismus ist keine sittenfreie Angelegenheit. Es gibt liberale Traditionen, die sich nicht nur auf das Vertragsrecht beziehen ...

Streeck: Sondern?

Ackermann: John Stuart Mill war über die Vertragsbindung hinaus die Vervollkommnung der Menschheit und der Individuen in Richtung Selbstbestimmung wichtig. Liberale Traditionen finden sich auch bei Wilhelm von Humboldt: die Herausbildung der Person zur Persönlichkeit. Dazu kommt die Einbettung in gesellschaftliche Regeln und das Prinzip der Selbstverantwortlichkeit.

Streeck: Der Liberalismus hatte immer die Schwierigkeit, eine Ethik jenseits des Vertrages zu begründen. Auf dem persönlichen Interesse allein kann keine Gesellschaft beruhen.

Ackermann: Es stimmt: Die Konzentration auf wirtschaftliche Freiheit und das Vertrauen in den Markt war eine Verengung der liberalen Tradition. Auch der Markt ist historisch eingebunden in die politische Ordnung. Es gibt seit der Antike einen klaren Zusammenhang von politischer, wirtschaftlicher und individueller Freiheit. Ohne dieses Zusammenspiel hätte die westliche Zivilisationsgeschichte nicht Lebensstile hervorbringen können, die wir heute genießen. Gerade die Finanz- und Euro-Krise zeigt, wie wichtig es ist, die wirtschaftliche Freiheit in andere Zusammenhänge einzubinden.

Streeck: Wir sind uns da einig. Ich glaube aber, dass eine Ordnung, die spontan und freiwillig nach den Prinzipien eines liberalen Zusammenlebens von unten erwächst, nicht ausreicht. Es muss darüber hinaus verpflichtende Institutionen geben – in modernen Gesellschaften den rechtlich verfassten Staat.

Ackermann: Einverstanden.

Streeck: Aber die Legitimität der modernen Staatenordnung steht heute in Zweifel. Unter anderem dadurch, dass die Märkte aus dieser Ordnung herausgewachsen sind in den staatsfreien Raum der globalen Ökonomie. Die aktuellen Krisen sind auch dadurch begründet, dass die Menschen heute zurückgeworfen sind auf spontane Improvisation beim Herstellen von sozialer Ordnung. Und sich nicht mehr verlassen können auf etwas, das darüber hinaus Ordnung garantiert.

Miegel: Jede Organisationsform entwickelt sich im Laufe ihrer Geschichte zur eigenen

Karikatur. Nehmen Sie die Kirche. Die fing an als brüderliche Armutsreligion und wurde eine Institution der Ausbeutung. Heute ist die bürgerliche Gesellschaft nur noch ihre eigene Karikatur. Darum können wir vermutlich nicht durch eine Rückkehr zum Nationalstaat neue Ordnung herstellen. Die historische Episode des Nationalstaates liegt hinter uns. Ein neues Europa wäre eines der Regionen.

Ackermann: Das Ende der Nationalstaaten? Ich warne sehr davor, zu glauben, dass eine Art Weltregierung uns retten könnte.

Streeck: Das ist ausgeschlossen, in der Tat.

Ackermann: Wir werden es uns auch nicht erlauben können, nur auf der Ebene der Regionen zu regieren. Angesichts der Herausforderungen – etwa durch den Islamismus – muss eine neue Form der Kooperation in Europa entstehen, was den Schutz der Außengrenzen, die innere Sicherheit und Militärisches angeht.

Streeck: Kleine Nationalstaaten sind oft erfolgreicher als die großen Einheiten. In der Euro-Diskussion könnten auch die Deutschen mal darüber nachdenken, dass es einem Land wie Dänemark ganz hervorragend außerhalb des Euro geht. Auch ein weiterentwickelter Föderalismus auf internationaler Ebene könnte helfen, das Wuchern des Marktes zu domestizieren. Denn einen unitarischen Einheitsstaat wird es selbst in Europa ganz sicher nicht geben.

Aber die politische Klasse gerade in Deutschland vermittelt immer noch den

Eindruck, als seien wir auf dem Weg dahin.

Streeck: Man kann nicht völlig freie Märkte haben und gleichzeitig regional begrenzte politische Verantwortung. Italien und Griechenland leiden darunter, dass sie ihre Währung nicht mehr zur Rückgewinnung ihrer Wettbewerbsfähigkeit abwerten können. Man braucht ein Regime, das ein grundsätzliches Bekenntnis zum Freihandel verbindet mit der Möglichkeit, ihn



„Ordnungen lösen sich auf. Es gibt keine Prioritäten mehr.“

Meinhard Miegel

zu regulieren, um eine allmähliche, den jeweiligen Umständen angemessene Anpassung an die Marktverhältnisse möglich zu machen.

Miegel: Das Problem des Euro ist ein kulturelles. Er ist aufgepflanzt worden auf die griechische, italienische, deutsche Kultur. Eine Währung ist eine kulturelle Schöpfung, keine ökonomische. Ich wurde mal vor vielen Jahren im höheren Auftrag nach Italien geschickt, um zu erfahren, wie die Italiener ihren Staat finanzieren wollten. Der Staatssekretär sagte mir: Darüber müssen Sie sich keine Sorgen machen, denn das Geld, das wir brauchen, drucken wir.

Sind wir mit dem Euro zu weit gegangen?

Miegel: Ja.

Ackermann: Da sind wir uns einig.

Streeck: Der Euro ist eine kapitalistische Rationalisierungsoffensive, gegen die sich Gesellschaften mit jeweils eigenen, vorkapitalistischen Traditionsbeständen aus kulturellen und strukturellen Gründen wehren. Genau hier lokalisiere ich den Populismus: Der Widerstand traditioneller Ordnung gegen ihre Einpassung in eine globale Marktwirtschaft.

Ackermann: Vergessen wir aber nicht: Zu diesen vormodernen Strukturen in Südeuropa gehören Korruption, Nepotismus, Clans, Mafia.

Sprechen wir über Kapitalismus und Demokratie ...

Streeck: Dass Kapitalismus und Demokratie ohne einander nicht auskommen, wird erst

„Populisten sind ein Sargnagel der Demokratie, wenn sich der Wohlstand nicht halten lässt“

Meinhard Miegel



„Westliche Werte geraten auch von links unter Druck.“

Ulrike Ackermann

seit dem Zweiten Weltkrieg behauptet. Davor war immer klar, dass das ein Spannungsverhältnis ist. Weil Demokratie eine egalitäre Grundausrichtung hat und der Markt eine nicht egalitäre. Die besitzende Klasse war immer sehr zurückhaltend, wenn es darum ging, das allgemeine Wahlrecht einzuführen. Aus Angst, dass dann die Arbeiter an die Macht kommen und ihnen den Besitz wegnehmen. Die egalitäre Linke hatte andererseits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts immer Angst, dass die Rechte sich mit den feudalen Kräften verbündet, um die Demokratie abzuschaffen. Ist ja auch einige Male passiert.

Nach dem Zweiten Weltkrieg dann konvergierten Kapitalismus und Demokratie im Sozialstaat?

Miegel: Wohlstandsmehrung ist das entscheidende Bindeglied. Die Zustimmung zur Demokratie ist immer dann hoch, wenn das Wachstum hoch ist.

Wenn die Möglichkeiten zur materiellen Wohlstandsmehrung an ihr Ende kommen, kommt die Demokratie in außerordentliche Schwierigkeiten. Davor hat schon Ludwig Erhard immer gewarnt: Er glaubte nie, dass das mit dem Wachstum unendlich weitergehen kann.

Ackermann: Ich denke schon, dass sich Demokratie und Kapitalismus historisch betrachtet bedingen.

„Kapitalismus und Demokratie – ein Spannungsverhältnis“

Wolfgang Streeck

Streeck: Nehmen Sie Japan im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert: ein kapitalistischer Aufholprozess sondergleichen – ohne Demokratie. Denken Sie an China. Auch das viktorianische England wurde nicht reich, weil es demokratisch war. Der frühe Kapitalismus war mit Kolonialismus und Sklavenwirtschaft auf das Engste verbunden; nicht nur Demokratie, auch freie Märkte kamen erst, als die kapitalistische Kapitalanhäufung längst im Gang war. Man darf übrigens die Demokratie nicht mit Liberalismus ver-

wechseln. Sie ist nicht zuletzt auch ein Artikulationskanal für wirtschaftlich und gesellschaftlich nicht berücksichtigte Interessen.

Und diese Interessen scheinen sich zu regen. Die Wahlbeteiligung in westlichen Demokratien steigt wieder.

Streeck: Dem Aufstieg der Populisten entspricht der Abstieg der Mitte-links-Parteien. Clinton, Hollande und Renzi haben, wie vor

ihnen Blair und Schröder, mit ihrer Begeisterung für die Globalisierung den Kontakt zu ihren Wählern verloren. Erst gingen sie nicht mehr wählen, jetzt wählen sie die mit einem liberalen Kampfbegriff als solche bezeichneten „Populisten“. Das ist einerseits durchaus eine Wiederbelebung der Demokratie. Andererseits muss, wer Demokratie mit gutem Benehmen verwechselt, darin einen Niedergang sehen.

Miegel: Die Populisten werden ein Sargnagel der Demokratie sein, wenn der Wohlstand nicht aufrechterhalten werden kann, eine Frischzellenkur, wenn der materielle Wohlstand stabil bleibt oder zunimmt. So, wie die Dinge liegen, wird der Wohlstand abnehmen. Unter anderem aus ökologischen Gründen.

Ackermann: Ich sehe in den populistischen Bewegungen vor allem eine Herausforderung. Die Parlamente haben ihre Rolle als Bühnen demokratischer Selbstverständigung verloren. Es findet dort keine Verhandlung mehr statt darüber, wo wir hinwollen. Stattdessen überall große Koalitionen. Die westliche Ordnung ist unter Beschuss geraten. Deshalb müssen wir in einer offenen politischen Ause-

inandersetzung klären, was uns wichtig ist in der liberalen Demokratie – und wie wir unseren freiheitlichen Lebensstil verteidigen können.

Woran liegt es, dass die etablierten Parteien so wenig überzeugende Antworten finden?

Streeck: In der Wahrnehmung der traditionellen Parteien gibt es zu der Politik der internen Liberalisierung und der Anpassung an den Weltmarkt keine Alternative. Deswegen muss sich der Widerspruch gegen die neoliberale Einheitsmeinung außerhalb des traditionellen Parteiensystems artikulieren. Dessen tragende Kräfte rücken dann in großen Koalitionen zusammen und hoffen, dass sie die neuen Parteien rechts und links der Mitte durch gemeinsame Herabsetzungsrhetorik wieder loswerden können. Ein gefährlicher Irrtum.

Miegel: Die Komplexität der Dinge, die die Politiker zu bewältigen haben, ist so gigantisch, dass sie sie nicht bewältigen können. Und diejenigen, die oben im Scheinwerferlicht stehen, zeigen ihre ganze Hilflosigkeit. Unten im Dunkel können dann welche hochbrüllen: Weg mit euch! Wenn die Populisten selbst auf dem Podium stünden, müssten sie offenbaren, dass sie es auch nicht können. Die Frage ist also: Können wir überhaupt noch befriedigende Lösungen finden? So befriedigend, dass die Mehrheit sagt: Ja, das ist gut. Ich fürchte, das schaffen wir nicht. ■

ferdinand.knauss@wiwo.de,
malte.fischer@wiwo.de

„Die kulturelle Enthemmung hat auch etwas zu tun mit dem hemmungslosen Konsumkapitalismus“

Wolfgang Streeck